

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Blick in die Weltpresse: The Financial Times - Die Konferenz von Caracas; The New York Times - Eine Ära des Wohllollens; Le Monde - Ansprüche auf die spanische Sahara; Frankreich und das Rüstungswettrennen

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1974) : Blick in die Weltpresse: The Financial Times - Die Konferenz von Caracas; The New York Times - Eine Ära des Wohllollens; Le Monde - Ansprüche auf die spanische Sahara; Frankreich und das Rüstungswettrennen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 54, Iss. 9, pp. 481-482

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134733>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

BLICK IN DIE WELTPRESSE

Kommentare zu Themen, die in den vergangenen Wochen in der Weltpresse einen breiten Raum einnahmen.

THE FINANCIAL TIMES

Die Konferenz von Caracas

London, 30. 8. 1974: Das ermutigendste Ergebnis der Seerechtskonferenz von Caracas, die nach zehnwöchiger Dauer beendet wurde, ist die Vereinbarung, nach sechs Monaten die Verhandlungen in Genf wieder aufzunehmen. Sonst wurde praktisch kaum etwas erreicht, und nur andauernder guter Wille und harte Arbeit aller Partner werden nächstes Jahr ein Abkommen ermöglichen. Weitverbreitet ist die Ansicht, daß bei einem Fehlschlag eine Anzahl von Ländern einseitig weitreichende Ansprüche auf Hoheitsgewässer und Bodenschätze unter dem Meeresboden anmelden werden. Das würde zu einer Anarchie mit ebenso häufigen Konflikten wie bisher zu Lande führen.

Jetzt gibt es also eine zeitliche Begrenzung für diese Verhandlungen, und das könnte der Sache nur förderlich sein. . . Auf alle Fälle demonstrierte die Konferenz den guten Willen, die Arbeit fortzusetzen. Außerdem müßte sie den einzelnen Staaten die moralische Verpflichtung auferlegt haben, nicht eigenmächtig vorzugehen, solange die diplomatischen Bemühungen um diesen Vertrag andauern.

THE NEW YORK TIMES

Eine Ära des Wohlwollens

New York, 3. 9. 1974: Wir respektieren die Erklärung des Präsidenten, daß bei der Beseitigung aller Überbleibsel des Watergate-Skandals „sein eigenes Beispiel den moralischen Kodex bestimmen wird“. Das muß vor dem Hintergrund des Unheils gesehen werden, das seine Wurzeln im negativen Beispiel seines Vorgängers hatte. Klar ist jedoch, daß auch außerhalb seines Mitarbeiterkreises konkrete und präventive Maßnahmen notwendig sind. Die allgemeine im Kongreß herrschende Erleichterung ersetzt keine Reformen.

Die Pressekonferenz des Präsidenten in der vergangenen Woche zeichnete sich zwar durch Offen-

heit und Humor aus, gab aber kaum eine Antwort auf viele dringende Probleme des Landes. Eine Identifizierung der Inflation als Staatsfeind Nr. 1 bedeutet noch lange nicht ihre erfolgreiche Überwindung. Und anzunehmen, wie Mr. Ford es tat, daß die Überwindung der Inflation „eine Lösung der meisten unserer innenpolitischen Probleme . . . bedeuten würde“, kann sich sehr leicht als Irrtum herausstellen. Die Arbeitslosigkeit z. B. könnte sehr wohl durch ein übertriebenes Bremsen an der Inflationsfront verschlimmert werden.

Es wäre unvernünftig, vom neuen Präsidenten so schnell viele eindeutige Antworten zu erwarten. Aber es würde der Sache nicht dienen, und letztlich gefährlich sein, zuzulassen, daß das allgemeine Wohlwollen unseren Sinn für die Notwendigkeit effektiver politischer Maßnahmen trübt.

Le Monde

Ansprüche auf die spanische Sahara

Paris, 28. 8. 1974: Die Beziehungen zwischen Marokko und Mauretanien sind wegen rivalisierender Ansprüche auf die spanische Sahara bis zum äußersten gespannt. . . Die Polemik zwischen den beiden Ländern verschärft sich unaufhörlich, und eine offene Krise oder sogar kriegerische Konfrontationen durch vorgeschobene nationalistische Bewegungen können nicht mehr ausgeschlossen werden. Außerdem hat Hassan II, König von Marokko, nach dem Entschluß Madrids, ein Referendum durchzuführen, unmißverständlich angedeutet, daß er nicht zögern würde, andere als diplomatische Wege einzuschlagen. Wahrscheinlich wird es sich aber der König zweimal überlegen, ob er sich auf ein Kräftemessen mit Madrid einläßt: Erstens, weil er militärisch unterlegen ist, und vielleicht, weil er zögern wird, die fruchtbare Kooperation zu gefährden, die sein Land seit der Beendigung des Protektorates mit Spanien unterhalten hat.

Frankreich und das Rüstungswettrennen

Paris, 3. 9. 1974: Fest steht, daß hohe Rüstungsexporte dazu beitragen, Frankreichs Verteidigungskapazität zu stärken. Sie erweitern die Basis seiner Rüstungsindustrie, wodurch sein technologisches Niveau verbessert und seine Waffenproduktion profitabel gemacht werden.

Letztlich, und das ist das häufigste Argument, kann man die Ansicht vertreten, daß es überall in der Welt Waffenhändler gibt und daß die Weigerung eines Landes, an diesem Rüstungswettrennen teilzunehmen, keineswegs den Ausbruch von Kriegen verhindert.

Tatsache bleibt jedoch, daß die Rolle eines „Waffenhändlers“ zu Recht diejenigen in Frankreich schockiert, die an christlichen oder sonstigen moralischen Prinzipien festhalten. Warum also sollte man die allmähliche Umwandlung der französischen Rüstungsindustrie, die Giscard d'Estaing nach seinen Äußerungen wünscht, nicht durchführen und die Exportanstrengungen auf Investitionsgüter, besonders Werkzeugmaschinen lenken, die Westdeutschland so erfolgreich einen Handelsbilanzüberschuß sichern?

Warum sollte man nicht in der Zwischenzeit versuchen, mit den Großmächten eine „Normalisierung“ dieses Waffenhandels anzustreben und den moralisch und politisch unheilvollen Rüstungswettlauf zu beenden? Was auf dem Spiel steht, ist nicht nur das Image, das Frankreich sich im Ausland wünscht, sondern auch das Bild, das sich die Franzosen von ihrem eigenen Land machen.

INTERNATIONAL
Herald Tribune

Published with The New York Times and The Washington Post

Das Dilemma der Ölpreise

Paris, 1. 9. 1974 (Hobart Rowen): Wieder einmal stehen die Öl importierenden Staaten (d. h. fast die ganze Welt) vor einer Konfrontation mit dem Kartell der arabischen und anderen Öl produzierenden Länder. Entgegen allen Hoffnungen, daß Saudi-Arabien, der größte Produzent, seinen Einfluß für eine Preissenkung einsetzen würde, haben einige Kartell-Länder die Förderung eingeschränkt, um Preissenkungen zu verhindern.

Das ist nicht nur ein Schlag gegen die politische Strategie der USA, die darin bestand, die Gunst der Araber mit Waffenlieferungen und Kooperationsangeboten zu gewinnen, sondern auch eine Bedrohung der sowieso schon wankenden Weltwirtschaft... Falls es dem Kartell gelingt, den gegenwärtigen Preis zu halten oder gar zu erhöhen, werden sich die Industriestaaten entweder mit dem Versuch, das teure Öl zu bezahlen, ruinieren oder einer schrecklichen Depression entgegengehen, wenn sie ihre industrielle Produktion auf das Niveau senken, das sie sich noch leisten können.

Auf einer Pressekonferenz hat Präsident Ford die Möglichkeit „schwerer“ wirtschaftlicher Rück-

schläge zugegeben und festgestellt, daß die Öl verbrauchenden Staaten konzertiert handeln sollten... Eine Möglichkeit, die Walter G. Levy, ein international bekannter Ölfachmann, vorschlägt, bestände darin, daß die stärksten Öl importierenden Staaten, wie z. B. die USA, den Zufluß arabischer Ölgelder auf eine Summe begrenzen, die die Defizite aus ihren Ölimporten nicht übersteigt... Außerdem steht seiner Meinung nach fest, daß es sich für die Welt nicht nur um ein finanzielles Problem handelt, sondern – was bisher nicht so klar gesehen wurde – um eine Frage des Überlebens. Eine friedliche Lösung ist nur dann erreichbar, wenn die Falken im Kartell... zu einem Kompromiß gezwungen werden.

NEWSWEEK

Ansteckende Krankheit Inflation

New York, 2. 9. 1974: Meistens liegt das Versagen demokratischer Regierungen, wenn es sich um entschlossene Maßnahmen gegen die Inflation handelt, an harten politischen Realitäten. In den totalitären Gesellschaften, wo alle wirtschaftlichen Aktivitäten streng kontrolliert werden, gibt es nur eine minimale Inflation... Aber demokratisch gewählte Regierungen würden ihre politische Existenz gefährden, wenn sie die Austerity-Maßnahmen stur durchzuführen versuchten, die zur Abkühlung einer überhitzten Konjunktur notwendig sind... Sie würden damit eine gefährlich hohe Arbeitslosigkeit, Konkurse und vielleicht sogar eine Rezession riskieren.

Dem mangelnden Willen der Regierungen zum Durchgreifen entspricht ihre Weigerung, einen koordinierten globalen Kampf gegen die Inflation aufzunehmen. Während Staaten mit einer relativ stabilen Wirtschaft, wie z. B. Westdeutschland, ein gemeinsames Programm fordern, sind Länder mit einer schwächeren Wirtschaft dagegen... Die meisten Ökonomen bestehen jedoch darauf, daß eine internationale Kooperation, die mit einer gemeinsamen Stützung des Weltwährungssystems beginnt, von entscheidender Bedeutung ist. Der Franzose Jacques Rueff z. B. glaubt, daß die heutige Situation eine nicht weniger intensive Anstrengung erfordert als das amerikanische Mondlandeprogramm. „Notwendig ist“, so stellt er fest, „die internationale Basis einer monetären *National Aeronautics and Space Administration* nach amerikanischem Muster zu schaffen. Das, und nur das allein, wird es ermöglichen, den notwendigen, aber überaus anstrengenden Austerity-Bemühungen die erforderliche Effektivität zu verleihen.“ Austerity mag eine unerfreuliche Medizin sein, aber langfristig schmeckt Inflation noch bitterer.